

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

Gemäß der Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90

ART DER BAULICHEN NUTZUNG  
( § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 3 BauNVO)

	Reines Wohngebiet
----------------------------------------------------------------------------------	-------------------

BESCHRÄNKUNG DER ZAHL DER WOHNUNGEN  
( § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB )

z.B. 3 Wo	Höchstzulässige Zahl der Wohnungen
-----------	------------------------------------

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG  
( § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 BauNVO)

z.B. 0,4	Grundflächenzahl
z.B. 0,8	Geschossflächenzahl
z.B. II	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß


BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN  
( § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und §§ 22 und 23 BauNVO)

	offene Bauweise
	Nur Einzelhäuser zulässig
	Nur Doppelhäuser zulässig
	Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
	Baulinie
	Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN / VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG  
( § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB )

	Straßenverkehrsfläche, Straßenbegrenzungslinie
	Verkehrsberuhigter Bereich
	Öffentliche Parkfläche
	Fußweg

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN  
( § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB )

	Abwasser / Elektrizität
------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------

FLÄCHE FÜR ABFALLENTSORGUNG  
( § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB )

	Standort für Wertstofferrfassung
------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------



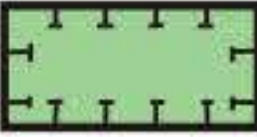
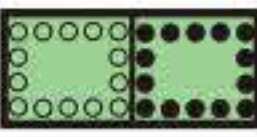

GRÜNFLÄCHEN  
( § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB )

	Öffentliche Grünfläche Parkanlage/Spielplatz
------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------

FLÄCHEN FÜR WALD  
( § 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB )

	Wald
------------------------------------------------------------------------------------	------

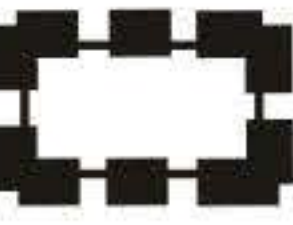



MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT  
( § 9 Abs. 1 Nr. 20, 23 Abs. 1a und 25 BauGB )

	Anpflanzen von Bäumen
	Erhaltung von Bäumen
	Sukzessionsfläche
	Fläche zum Anpflanzen/Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
	Fußweg in Grünanlagen

STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN  
( § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB )

	Hauptfirstrichtung
------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

SONSTIGE PLANZEICHEN

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches ( § 9 Abs. 7 BauGB )
	Grundstücksgrenze vorhanden / geplant
	Abgrenzung unterschiedl. Maßes der baulichen Nutzung
	Hochspannungsfreileitung



Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind  
( § 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB )



Gebäude- und Anlagebestand

TEXTFESTSETZUNGEN (TEIL B)

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 ABS. 1 UND 7 BAUGESETZBUCH (BauBG) UND BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BauNVO)

1.	Geltungsbereich	siehe Plan
2.	Art der baulichen Nutzung	siehe Plan
2.1	Baugebiet (WR)	Reines Wohngebiet
2.1.1	zulässige Anlagen	siehe § 3 Abs. 2 BauNVO, max. 2-3 Wohnungen pro Wohngebäude zulässig (siehe Plan)
2.1.2	ausnahmsweise zulässige Anlagen	keine
3.	Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	siehe Plan
4.	Maß der baulichen Nutzung	
4.1	Zahl der Vollgeschosse	siehe Plan
4.2	Grundflächenzahl	siehe Plan
4.3	Geschossflächenzahl	siehe Plan
5.	Bauweise	siehe Plan, offene Bauweise gem. § 22 Abs. 1 und 2 BauNVO
6.	Verkehrsflächen / Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung	
6.1	Verkehrsflächen	siehe Plan
6.2	Verkehrsberuhigter Bereich	siehe Plan
6.3	Öffentliche Parkfläche	siehe Plan
6.4	Fußweg	siehe Plan
7.	Garagen und Stellplätze	Garagen und Stellplätze sind sowohl innerhalb als auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und im seitlichen Bauwich zulässig. Zwischen der Straßenbegrenzungslinie und dem Garagentor ist ein Mindestabstand von 5,5 m einzuhalten.
8.	Stellung der baulichen Anlagen	siehe Plan
9.	Hauptversorgungsleitungen und Hauptabwasserleitungen	siehe Plan
10.	Fläche für die Abfallentsorgung	siehe Plan, Standort für die Wertstofferrfassung (4 Container)
11.	Nebenanlagen	pro Grundstück ist ein Gartenhaus bis 20 m² Grundfläche und bis 60 m³ umbauter Raum auch außerhalb überbaubarer Grundstücksflächen zulässig.  Sonstige Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sind in den festgesetzten Baugebieten innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig, wenn sie dem Nutzungszweck der in den Baugebieten gelegenen Grundstücke oder des Baugebietes selbst dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen. Nebenanlagen im Sinne des §14 Abs. 2 BauNVO, die der Versorgung der Baugebiete mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser, sowie zur Ableitung von Abwasser dienen, sind ausnahmsweise auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig, auch soweit für sie im Bebauungsplan keine besonderen Flächen festgesetzt sind. Dies gilt ebenso für fernmeldetechnische Nebenanlagen sowie für Anlagen für erneuerbare Energien, soweit nicht § 14 Abs. 1 Satz 1 Anwendung findet.
12.	Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	- Sukzessionsfläche, siehe Plan - die im Plan dargestellte Fläche unterliegt der natürlichen Sukzession mit dem Entwicklungsziel Laubwald. - Sämtliche im Plangebiet festgesetzten Ausgleichsflächen werden den im Plangebiet festgesetzten Eingriffsgrundstücken zugeordnet. Darüber hinaus werden Ausgleichsmaßnahmen als Streuobstwiesen, die außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes in der Gemarkung Geislautern, Flur 2 gem. § 9 Abs.1a BauGB durchgeführt werden, den Eingriffsgrundstücken zugeordnet.
13.	Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	
13.1	Maßnahmen in privaten Gärten	siehe "Stadtökologische Festsetzungen"
13.2	Anpflanzen von Bäumen	an den entsprechend festgesetzten Standorten sind großkronige Laubbäume gemäß Pflanzliste zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. - die Bäume im Straßenraum sind durch geeignete Maßnahmen wie Hochborde, Baumschutzbügel o.ä. vor Beschädigungen zu schützen. - der Pflanzbereich unterhalb der anzupflanzenden Einzelbäume hat eine Mindestgröße von 2m x 2m aufzuweisen und ist mit Bodendeckern gemäß Pflanzliste zu bepflanzen. -Im Falle eines notwendigen Ersatzes gepflanzter Bäume sind diese gleichartig nachzupflanzen.
14.	Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	erfolgte Pflanzungen unterliegen der Bindung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB
15.	Öffentliche Grünflächen (Spielplatz) gem. § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB in Verbindung mit § 9 Abs.1 Nr. 25 a BauGB	die öffentliche Grünfläche ist als Kinderspielplatz zu gestalten. Bei der Eingrünung sind heimische Gehölze unter Beachtung der Verträglichkeit für Spielplätze ( keine giftigen Pflanzen, Gehölze ohne Domen) zu verwenden.
16.	Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind	gem. § 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern sind im Bebauungsplan nicht festgesetzt. Durch öffentliche Erschließungsmaßnahmen erforderliche Geländeeingriffe sind auf den Grundstücken jedoch zu dulden.
17.	Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)	Schutzstreifen der 65 kV Doppelfreileitung siehe Plan

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFT

( gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 85 LBO )

Dachgestaltung

Es sind Sattel-, Walm-, Krüppelwalm- sowie versetzte Pultdächer mit einer Dachneigung von 30° bis 45° zulässig. Flachdächer sowie Pultdächer bis 10° Dachneigung sind nur dann zulässig, wenn sie mit einer Photovoltaikanlage bzw. mit Sonnenkollektoren bestückt werden. Flachdächer sind auch zulässig, wenn sie begrünt werden.

Dachgestaltung der Garagen

Es sind Sattel-, Krüppelwalm- und Pultdächer zulässig. Flachdächer sind zulässig, soweit diese begrünt werden.



# STADTÖKOLOGISCHE FESTSETZUNGEN

( gem. § 9 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 21 BNatSchG und i. V. m. § 9 SNG )

**Nicht überbaute Flächen**  
Alle nicht überbauten Flächen, die nicht als Zufahrten oder Stellplätze genutzt werden, sind einzugrünen. Auf diesen Flächen, die aufgrund der festgesetzten GRZ nicht überbaut werden dürfen, sind je 100 m² mindestens ein standortgerechter Hochstamm gem. Pflanzliste und 5 Sträucher gem. Pflanzliste anzupflanzen und mit Landschaftsrasen einzusäen.

**Pflanzliste**  
Innerhalb des Geltungsbereiches sind die in der untenstehenden Pflanzliste aufgeführten standortgerechten und einheimischen Gehölze zulässig. Der Anteil der nichteinheimischen Ziergehölze darf 20 % nicht übersteigen. Diese Festsetzung gilt auch für Flächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 a BauGB.

**Separate Fußwege**  
Alle Wege sind mit einer wassergebundenen Decke zu befestigen.

## Liste der gem. § 9 Nr. 25 a BauGB i.V. m. § 21 BNatSchG und § 9 SNG zulässigen Gehölze

Baumarten					
o	geeignet	(Strauch: mind. 2 x v., H. 60 -100 cm) (Heister: mind. 2 x v., H. 125 -150 cm) (Hochstamm: mind. 2 x v., St.U. 10 -12 cm)	End- wuchs- höhe	öffentl. Grün	Private Grünfl. Gärten
A	Alleebäume	(mind. 3 x v., StU 14 - 16 cm)			
P	Stellplätze	(Hochstamm: mind. StU 16 - 18 cm)	(m)		
Der Zierholzanteil darf 20 % nicht übersteigen.					
Acer platanoides		Spitzahorn	30	o	o
Acer pseudoplatanus		Bergahorn	30	o	o
Alnus glutinosa		Schwarzerle	20	o	o
Betula pendula		Hängebirke	25		o
Carpinus betulus		Hainbuche	20	o	o
Fraxinus excelsior		Gemeine Esche	35	o	
Obstbäume		Halb-/Hochstämme	4-5		o
Populus tremula		Zitterpappel, Espe	15	o	
Prunus avium		Vogelkirsche	20	o	o
Quercus robur		Stieleiche	35	o	o
Salix caprea		Salweide	10	o	o
Salix rubens		rötliche Bruchweide	20	o	
Sorbus aucuparia		Eberesche	12	o	o
Straucharten					
Beerensträucher		verschiedene Sorten	1-2		o
Cornus sanguinea		Roter Hartriegel	3	o	o
Corylus avellana		Hasel	5	o	o
Euonymus europaeus		Pfaffenhütchen	5	o	
Ligustrum vulgare		Liguster	5		o
Lonicera periclymenum		Waldheckenkirsche	2	o	
Prunus spinosa		Schlehe	5	o	o
Rhamnus frangula		Faulbaum	5	o	
Rosa canina		Hundsrose	3	o	o
Rubus fruticosus		Brombeere	2	o	o
Rubus idaeus		Himbeere	1	o	o
Salix aurita		Öhrchenweide	3	o	
Salix viminalis		Korbweide	8	o	
Sambucus nigra		Schwarzer Holunder	6	o	o
Sambucus racemosa		Roter Holunder	6	o	o
Viburnum opulus		Gemeiner Schneeball	4	o	o
Bei der Unterpflanzung von Bauminselfn in Straßenräumen kann auch eine Bepflanzung mit niedrigen Sträuchern und Bodendeckern erfolgen, wie z.B. Spiraea jap. "Littl Prinzess", Spiraea bum. "A. Waterer", Potentilla fruticosa, Hypericum cal., Cotoneaster i. S., Symphoricarpos chenaultii, Lavendel, u.a.					

# NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

( § 9 Abs. 6 BauGB )

**Naturgasaustritte**  
Nördlich des Geltungsbereiches befindet sich eine Naturgasaustrittsstelle. Daher soll aus Sicherheitsgründen beim Bau der Erschließungsstraßen sowie im Zuge der Kanalverlegung eine messtechnische Begleitung erfolgen.

**Denkmalschutz**  
Im Falle von Bodenfunden besteht gemäß § 16 des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes eine Anzeigepflicht.

**Kampfmittelfunde**  
Im Plangebiet sind Munitionsgefahren nicht auszuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten erfolgen.

**Bodenuntergrund**  
Aufgrund der geologischen Gegebenheiten wird empfohlen, beim Aushub von Baugruben, vornehmlich im südwestlichen Teil des Plangebietes, auf Unregelmäßigkeiten und Fehlstellen im Untergrund zu achten und ggf. einen Baugrundgutachter einzuschalten.

**Hausabfallentsorgung**  
Im Zuge der weiteren Planungen sind die Vorschriften der Hausabfallentsorgungssatzung des EVS sowie die einschlägigen berufsgenossenschaftlichen Vorschriften zu beachten.

**Telekommunikationsnetz**  
Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist der Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Plangebiet dem BBN 21 Planungsgruppe, 66121 Saarbrücken, so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen.

## VERFAHRENSVERMERKE

Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat in seiner Sitzung am 10.05.2012 gem. § 2 Abs. 1 BauGB und § 9 Abs. 2a BauGB die Änderung des Bebauungsplanes **IX/102 "Hirzeckberg"** in Völklingen - Geislaubern beschlossen.  
Der Beschluss, den Bebauungsplan zu ändern, wurde mit dem Hinweis auf Durchführung im Vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung am \_\_\_\_.2013 bekanntgemacht.

Der Bebauungsplan bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), den Textfestsetzungen (Teil B) und der Begründung (Teil C) hat gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BauGB in der Zeit vom \_\_\_\_.2013 bis einschließlich \_\_\_\_.2013 öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Abwägung unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 Abs. 2a VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können, am \_\_\_\_.2013 ortsüblich bekanntgemacht.

Die nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom \_\_\_\_.2013 über die Auslegung benachrichtigt.  
Die Behörden, Stellen und Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB mit Schreiben vom \_\_\_\_.2013 an der Änderung des Bebauungsplanes beteiligt. Das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB wurden vom Stadtrat am \_\_\_\_.2013 in die Abwägung eingestellt. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom \_\_\_\_.2013 mitgeteilt.

Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat am \_\_\_\_.2013 den Bebauungsplan **IX / 102, 1. Änderung, "Hirzeckberg"** in Völklingen - Geislaubern als Satzung beschlossen (§10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung (Teil C).

Völklingen, den \_\_\_\_.2013  
Lorig, Oberbürgermeister

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.  
Der Satzungsbeschluss wurde am \_\_\_\_.2013 ortsüblich bekanntgemacht.  
Mit dieser Bekanntmachung tritt gem. §10 Abs. 3 BauGB der Bebauungsplan **IX / 102, 1. Änderung, "Hirzeckberg"** in Völklingen - Geislaubern , bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und Textteil (Teil B) sowie der Begründung (Teil C) in Kraft. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und vom Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen worden.

Völklingen, den \_\_\_\_.2013  
Lorig, Oberbürgermeister

## RECHTSGRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplans gelten die folgenden Gesetze und Verordnungen:

- Bundesrecht:**
- das Baugesetzbuch (**BauGB**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.Juli 2011 (BGBl. I S. 1509)
  - die Baunutzungsverordnung (**BauNVO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
  - die Planzeichenverordnung (**PlanzV**) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991,S.58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509)
  - das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVPG**) in der Fassung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 08. April 2013 (BGBl. I S. 734)
  - das Gesetz über Naturschutz und der Landschaftspflege (**BNatSchG**) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95)
  - das Bundes- Immissionsschutzgesetz (**BImSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08. April 2013 (BGBl. I S. 734)
  - das Bundesbodenschutzgesetz (**BBodSchG**) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)
  - das Wasserhaushaltsgesetz (**WHG**) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2013 (BGBl. I S. 734)
  - das Raumordnungsgesetz (**ROG**) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBL. I S. 2585, 2617)
- Landesrecht:**
- das Waldgesetz für das Saarland (**Landeswaldgesetz - LWaldG**) vom 26. Oktober 1977 (Amtsbl. S. 1009), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt S. 2009, S. 3)
  - die Bauordnung für das Saarland (**LBO**) , vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1788 vom 11. Dezember 2012 (Amtsblatt S. 1544)
  - das Saarländische Straßengesetz (**SaarlStrG**) in der Fassung vom 15. Oktober 1977 (Amtsblatt S. 969), zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 8 VerwaltungsstrukturreformG vom 21. November 2007 (Amtsblatt S. 2393)
  - das Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (**Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG**) vom 05. April 2006 (Amtsblatt S. 726), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt 2009, S. 3)
  - die Verordnung über die Ausgleichsabgabe nach dem Saarländischen Naturschutzgesetz (**Ausgleichsabgabenverordnung - AAVO**) vom 9. März 1993 (Amtsblatt S. 190), zuletzt geändert durch Artikel 9 Abs. 93 des Gesetzes vom 07. November 2001 (Amtsblatt S. 2158)
  - das Saarländische Denkmalschutzgesetz (**SDschG**) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt S. 1498), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt S. 1374)
- Kommunalrecht:**
- der § 12 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (**KSVG**) in der Fassung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt S. 682), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt S. 1215)



## B E B A U U N G S P L A N

### 1. Änderung "Hirzeckberg" in VÖLKLINGEN - GEISLAUTERN

PLANBEREICH IX / 102 M 1:500

Stand: Öffentliche Auslegung

Fachbereich 4  
Fachdienst 46 / Stadtplanung und -entwicklung

Völklingen, den \_\_\_\_.2013

Fachdienstleiter (Scherer) Fachbereichsleiter (Beck) Oberbürgermeister (Lorig)

Fachdienst 47 / Vermessung und Geo-Information  
Für die Übereinstimmung des Planes mit der Örtlichkeit und dem Katasternachweis

Völklingen, den \_\_\_\_.2013 Fachdienstleiter (Löwen)